

Bericht von der 5. Tagung der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

vom 3. bis 7. November 2012 in Timmendorfer Strand

Teilnehmer für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau

- als Mitglieder der Synode: Johannes Grün, Monika-Astrid Kittler, Wolfgang Prawitz, Dr. Sigurd Rink, Prof. Dr. Karl Heinrich Schäfer, Carsten Simmer, Dore Struckmeier-Schubert und Marlehn Thieme
- als Mitglieder der Kirchenkonferenz: Dr. Volker Jung, Heinz-Thomas Striegler
- als Mitglieder des Rates: Marlehn Thieme, Prof. Dr. Christiane Tietz

Aus den zwölf Tagesordnungspunkten seien die Themen von besonderer gesamtkirchlicher Bedeutung und mit besonderer Bedeutung für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) ausgewählt. Unter den EKD-Synodalen der EKHN wird eine Aufteilung der Berichtsthemen vorgenommen.

12 Tagesordnungs-
punkte

Ausschusswahlen

1. Wahlen in Ausschüsse

Nachwahl von
EKHN-Vertretern

Die **Synode nahm** verschiedene **Nachwahlen in ihre Ausschüsse vor**. Die Synode wählte dabei als EKHN-Vertreter

- **Carsten Simmer** in den **Nominierungsausschuss** und
- **Monika-Astrid Kittler** in den **Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Staat**.

Haushalt 2013

2. Haushalt 2013

Einstimmig Haus-
halt verabschiedet

Die **EKD-Synode verabschiedete einstimmig** den **Haushalt** für das Haushaltsjahr **2013**. Dieser Haushalt ist **der erste Haushalt nach der Systematik der Doppik**. Seine Systematik ist also der doppelten Buchführung nach kaufmännischen Grundsätzen entlehnt, dabei aber in einer spezifischen kirchlichen Ausgestaltung. Wie der **Vorsitzende des Ständigen Haushaltsausschusses**, Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch (Sachsen), erläuterte, sei jedoch die „Doppik“ nur ein kleiner Anteil. Vielmehr **gehe es umfassender um ein neues kirchliches Finanzmanagement**, das etwa **Outputorientierung, verursachungsgerechte Personalkostenverrechnung und Kontraktmanagement**, also **Zielsteuerung**, mit umfasse. **Ratsmitglied Klaus Winterhoff** (Westfalen) erklärte bei der **Einbringung des Haushalts**, das **bisherige kamerale System werde durch ein ressourcenorientiertes Finanzmanagement ersetzt**. Das neue System schaffe **mehr Transparenz**, beziehe fachlich-inhaltliche und finanzielle Verantwortung stärker aufeinander und ermögliche den Verantwortlichen die **Frage nach den Wirkungen und den Ergebnissen des kirchlichen Handelns und den Folgen für die nachfolgenden Generationen**. Die Ziele im EKD-Haushalt seien **Erwartungen an die Handelnden, im gesamten EKD-Interesse tätig zu werden**, so Winterhoff. Die **Lesehilfe zum Haushalt 2013** fasst zusammen: „So sollen nicht nur der Werteverbrauch (= Aufwand) und der Wertezuwachs (= Ertrag) nach der jeweiligen wirtschaftlichen Verursachung dargestellt werden, sondern vor allem auch die mit dem Mitteleinsatz erwarteten Ziele dargestellt werden.“ Vogelbusch bedankte sich für die **freundliche und positive Aufnahme der Lesehilfe**.

Erster Doppik-
Haushalt

Neues kirchliches
Finanzmanagement

Outputorientierung

Verursachungs-
prinzip

Transparenz

Nachhaltigkeit

Lesehilfe

Aufwand und Ertrag

Zielwartungen,
Selbstbindung

Übergang

Winterhoff und Vogelbusch erläuterten die **Besonderheiten des Übergangs**:

- Im Haushalt 2013 sind **noch keine Indikatoren** für die kirchliche Arbeit eingefügt.

Keine Indikatoren

Eröffnungsbilanz
2013

Kein Plan-/
Ergebnisvergleich

Pensionslasten und
Beihilfeverpflichtungen

„Alles anderes,
alles beim Alten.“

Fortschreibung

Finanzielle Rah-
menbedingungen

Kirchensteuern auf
Niveau von 1994

28 % Kaufkraft-
verlust

Konservative Anlagen

Mittelfristige
Überschüsse geplant

Stärkung der Rück-
lagen und Versorgung

Umlagen

Allgemeine und
EWDE-Umlage

KED-Umlage

Ostpfarrerumlage

EKHN-Anteil
13,19 %

Militärseelsorge nun
Handlungsbereich

Kirchensteuern der
Soldaten

Abschluss eines
Integrationsprozesses

Die *Eröffnungsbilanz* wird erst zum *1.1.2013* durch den Rat erstellt.

- Weder die *Plandaten 2012* noch die *Ergebnisse 2011* sind wegen der Umstellung Teil des Zahlenwerks.
- *Abschreibungen* werden *erstmal*s als Aufwand *gebucht bei gleichzeitiger Zuführung zur Substanzerhaltungsrücklage*.
- Nach einem Versorgungsgutachten werden die *Pensionslasten und Beihilfeverpflichtungen der EKD* in einer Gesamtsumme von *260 Mio. €* in die *Rückstellungsübersicht* aufgenommen.

Ratsmitglied Winterhoff fasste daher zusammen: „Alles ist anders. Nichts ist vergleichbar.“ Dennoch sei trotz der Neuordnung „alles beim Alten geblieben.“ Denn der *Haushalt 2013* *schließe nahtlos an die bisherige mittelfristige Finanzplanung an*, enthalte also „keine verschleierte Reduktionen für Zuwendungsempfänger“.

Zu den **finanziellen Rahmenbedingungen** stellte Winterhoff dar, dass die *Gliedkirchen 2011 gut 4,5 Mrd. € Kirchsteuereinnahmen* hatten. Im Jahre 1994 lag das *Kirchensteueraufkommen mit 4,4 Mrd. €* etwa bei dem gleichen Betrag. Der *Kaufkraftverlust im selben Zeitraum* betrug allerdings **28 %**. **Die (noch) stabile Konjunktorentwicklung kompensiere (noch) die demografische Entwicklung, was angesichts der Kirchenmitgliederprognose nicht so bleiben werde.** Hinzutreten die *wachsenden Anforderungen für die Sicherung der Versorgungslasten* und die *Unsicherheiten auf den Finanzmärkten*. Dies bedeute eine Atempause. Der *Haushaltausschussvorsitzende Vogelbusch* strich zwar die *konservative Ausrichtung der EKD-Finanzanlagen* heraus, so dass die Finanzkrise „uns hier nicht betroffen“ habe. Die Folgen – und wenn es nur niedrigere Renditen wären – würden in den nächsten Jahren spürbar sein. *Finanzreferent Begrich* erklärte, dass die EKD zwar auf der ursprünglichen mittelfristigen Finanzplanung und *Steuerschätzung Überschüsse* erwirtschaften werde - auf Grund der Planungssicherheit aus dem Prinzip, dass die *Umlagenentwicklung* nachlaufend an dem Schnitt der letzten drei Jahre des *Kirchensteueraufkommens* angepasst wird. Allerdings müsse dies verantwortlich zur **Stärkung der Rücklagen und Versorgung** verwandt werden.

Die **Allgemeine EKD-Umlage** und die **Umlage für das (fusionierte) Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung** steigen um **0,43 %** gegenüber dem Vorjahr. Die *finanziellen Mittel in Höhe von fast 53 Mio. € für das Evangelische Werke für Diakonie und Entwicklung* enthalten auch die – bislang nur zwischen den Gliedkirchen **paktierte – Umlage für den Kirchlichen Entwicklungsdienst**. Die **Ostpfarrerumlage** konnte um **53,85 %** gesenkt werden. *Unter dem Strich verringert sich damit die Belastung für die Gliedkirchen um insgesamt 3,46 %*. Gemäß dem von der Synode beschlossenen **Umlageverteilungsmaßstab** trägt die **EKHN etwa 13,19 %** (Vorjahr rund 13,52 %) von etwa 87,6 Mio. € (Allgemeine Umlage, Umlage für das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung – Bereich Diakonie Deutschland – und Umlage für die Ostpfarrerversorgung). Das sind also rund 11,6 Mio. € Nur *Württemberg* hat mit etwa 14,29 % einen höheren Umlageanteil. Neu im *Haushalt 2013* ist auch, dass der „**Haushalt der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr**“ **nicht mehr als Teil II des EKD-Haushaltes** geführt wird. Er ist **nunmehr ein (einfacher) Handlungsbereich** geworden. Jedoch ist dieser Handlungsbereich *eigenständig auszugleichen*, er wird auch nicht umlagefinanziert, sondern *durch die von den Gliedkirchen weitergeleiteten Kirchensteuern der Soldaten* (Saldo ca. 8,7 Mio. €, im Vorjahr rund 8,2 Mio. €). *Mit dieser Integration komme ein Prozess zum Abschluss, der noch vor über einem Jahrzehnt Gegenstand heftigster Debatten in der Synode gewesen sei, so Ratsmitglied Winterhoff.*

Weiterentwick-
lungen 2013

Servicetelefon

Neben
Telefonseelsorge

Koordinierungs-
stelle für Anlagen

Sitz in Darmstadt

Datenschutz-
Zentren

Anschubfinanzierung

Umlage für
Reformationsjubiläum

Durchführungsverein
in Wittenberg

Kirchen-App

Plattform auch
für Gemeinden

Spendenbutton
vorgesehen

Finanzausgleich
der Gliedkirchen

Reformierte
Weltgemeinschaft

Bekanntgabe Umzug
nach Hannover

Finanzprobleme

Auf die *besonderen inhaltlichen Weiterentwicklungen* wies Winterhoff in seiner Einbringungsrede hin:

- Ab 2013 soll ein **deutschlandweites Servicetelefon** aufgebaut werden, um für die Menschen auf allen Ebenen gut erreichbar sein zu können. Das Servicetelefon sei allerdings kein Ersatz für die Telefonseelsorge, aber eine nicht unwichtige Ergänzung. Veranschlagt sind 6,5 *Vollzeitstellen* und 545.000 €.
- Gemeinsam mit den kirchlichen Genossenschaftsbanken und den kirchlichen Versorgungswerken wird eine **Koordinierungsstelle für kirchliche Anlagepolitik mit Sitz in Darmstadt** errichtet. Mit 50.000 € trägt die EKD ein Drittel des Beitrags, die genannten Partner das Übrige.
- Zur Erfüllung der **Datenschutzvorgaben** der EU als hoheitlich verstandener und unabhängiger Aufgabenbereich haben sich die Gliedkirchen auf die **Errichtung zentraler Dienststellen** verständigt. Die EKD tätigt 2013 eine *Anschubfinanzierung* von 170.000 € und wird Trägerin der zunächst vier Stellen.
- Für das **Reformationsjubiläum 2017** stellen die *Gliedkirchen eine Umlage* von 2,4 Mio. € bereit. Daraus werden 200.000 € für den neu gegründeten **Durchführungsverein in Wittenberg** zur Verfügung gestellt, der namentlich die vielfältigen technischen Vorbereitungen für den Großgottesdienst im Rahmen des Evangelischen Kirchentages und für die Weltausstellung der Reformation übernehmen wird.
- Für die Entwicklung einer **Kirchen-App** wird eine *halbe Projektstelle* eingerichtet. Sie soll unmittelbar den *Kirchengemeinden* ermöglichen, auf einer *gemeinsamen Plattform* ihr Kirchengebäude, ihre Arbeit, ihre Gottesdienst und Veranstaltungen vorzustellen. Sogar ein *Button*, der unmittelbar *Spenden zugunsten der Kirchengemeinde* ermögliche, sei vorgesehen, wie der Haushaltsausschussvorsitzende Vogelbusch ergänzte.

Ratsmitglied Winterhoff wies zusätzlich auf den zwischen den Gliedkirchen praktizierten **Finanzausgleich** in Höhe von 144 Mio. € hin, der allerdings nicht über den EKD-Haushalt abgewickelt werde.

3. „Reformierter Weltbund“ zieht nach Hannover

Der **Generalsekretär der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen**, Dr. Setri Nyomi, gab während seines Grußwortes vor der Synode die ganz neu getroffene Entscheidung bekannt, dass der „Reformierte Weltbund“ seinen **Sitz von Genf nach Hannover verlegen** werde. Hintergrund sind insbesondere *finanzielle Schwierigkeiten auf Grund des starken Schweizer Frankens*. Die Synode nahm die Entscheidung mit Beifall auf.

Bericht von der 5. Tagung der 2. Vollkonferenz der Union Evangelischer Kirchen (UEK) in der EKD

vom 2. bis 6. November 2012 in Timmendorfer Strand

Teilnehmer für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau: Johannes Grün, Dr. Volker Jung, Monika-Astrid Kittler, Wolfgang Prawitz, Dr. Sigurd Rink, Prof. Dr. Karl Heinrich Schäfer, Carsten Simmer, Dore Struckmeier-Schubert, Heinz-Thomas Striegler, Marlehn Thieme, Prof. Dr. Christiane Tietz.

Aus den *zehn Tagesordnungspunkten* seien auch hier diejenigen von besonderer gesamtkirchlicher Bedeutung und mit besonderer Bedeutung für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) ausgewählt. Unter den Mitgliedern der EKHN in der Vollkonferenz wird eine Aufteilung der Berichtsthemen vorgenommen.

10 Tagesordnungs-
punkte

Haushalt 2013

1. Haushaltsbeschluss 2013

Thomas Begrich

Finanzreferent Begrich stellte zwar bei der Einbringung des Haushaltsbeschlusses fest, der Haushalt könne die bestehenden Risiken tragen. Aber der Haushalt funktioniere „gerade mal so“. Eine theologisch und inhaltlich ausstrahlende UEK brauche auch finanzielle Mittel. Die EKV-Altlasten seien durch die UEK-Stiftung gedeckt. Für den Haushaltsausgleich könnten etwa noch fünf Jahre Rücklagen herangezogen werden, dann können man aber auch dies nicht mehr ausgleichen. Begrich schloss aber: „Vielen Gemeinden geht es auch so, dadurch befinden wir uns da, wo viele andere sich auch befinden.“

„Haushalt funk-
tioniert gerade so“

„Rücklagen reichen
noch 5 Jahre“

Vollkonferenz-
beschluss

Erstmals beschloss die Vollkonferenz den Haushalt. Bisher lag diese Kompetenz beim Präsidium der Vollkonferenz, die mit dem Inkrafttreten der Verordnung über das Haushalts- und Rechnungswesen der UEK auf die Vollkonferenz übergegangen ist. Die ordentlichen Aufwendungen belaufen sich auf rund 2,5 Mio. €. Die EKHN leistet eine Umlage von etwa 202.000 €

Neue UEK-
Haushaltsordnung

EKHN: Umlage
202.000 €

Carsten Simmer, Maulbach